

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 83 (2005)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Das SP-Wirtschaftskonzept aus gender-ökonomischer Perspektive  
**Autor:** Stutz, Heidi / Strub, Silvia  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341924>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Das SP-Wirtschaftskonzept aus gender-ökonomischer Perspektive\*

Wir werden der SP Schweiz kein feministisches Wirtschaftsprogramm schreiben, aber ein paar Anstösse zum Weiterdenken geben. Dabei setzen wir als prag-

**Heidi Stutz, Silvia Strub**

matisches Vorgehen die feministische Ökonomie als Brille auf und schauen uns in fünf Sehtests das SP-Wirtschaftskonzept an. Zuvor beschreiben wir, was denn diese Brille ist.

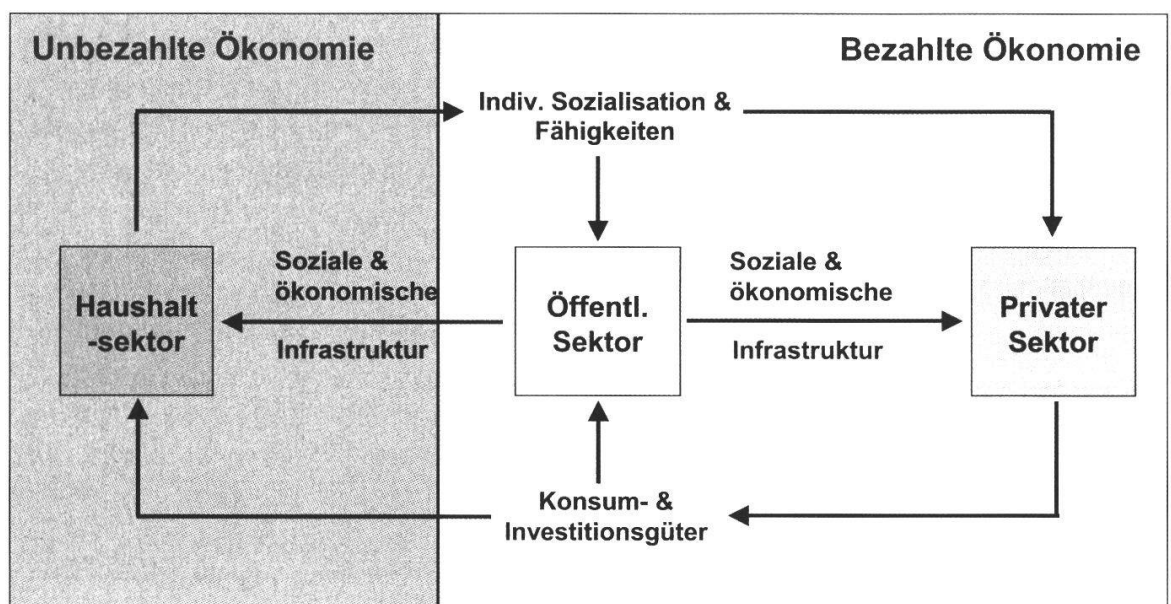
\* Von der Redaktion stark gekürzte Version des Referats an der Tagung Gender-Ökonomie der SP Schweiz vom 5. November 2005 in Olten. Vollständige Fassung: [www.spschweiz.ch/partei/Wirtschaftskonzept/index.htm](http://www.spschweiz.ch/partei/Wirtschaftskonzept/index.htm) (Rubrik «Tagungen»).

<sup>1</sup> Himmelweit, Susan (2002): Making Visible the Hidden Economy: The Case for Gender-Impact Analysis of Economic Policy. *Feminist Economics* 8(1), 2002, 49-70; eigene Darstellung.

## Eine breitere Sicht auf die Wirtschaft

PolitikerInnen betrachten oft nur den bezahlten Teil der Ökonomie als «die Wirtschaft». Sie blenden aus, dass die Gesamtökonomie sich notwendig auf den Teilbereich der unbezahlten Ökonomie stützen muss, um ihre Leistungen zu realisieren (Abbildung).<sup>1</sup> Der unbezahlte Sektor ist für den bezahlten nicht nur deshalb wichtig, weil er für Gesundheit und Erziehung der Arbeitskräfte sorgt, sondern auch als Fabrikationsstätte des Sozialen: Er produziert Gemeinschaftsinn, Verantwortungsgefühle und Normen, die Vertrauen und Goodwill erlauben und auf die sich die soziale Ordnung stützt. Obwohl die Arbeit unbezahlt ist, braucht dieser Sektor für seine Outputs

**Abbildung<sup>1</sup>**



Konsum- und Investitionsgüter aus dem Privatsektor und den Infrastrukturservice des öffentlichen Sektors.

Warum sind Leute bereit, gratis zu arbeiten? Der Grund liegt in dem, was der unübersetzbare Begriff Care meint: Das Sichkümmern und Sichsorgen um sich und andere. Der Arbeitsanreiz ist bei Care nicht unbedingt monetär, sondern basiert auf emotionaler Nähe und Verantwortungsgefühlen, die ihrerseits auf geschlechtsspezifischen Normen basieren. Care ist nicht immer unbezahlt, aber unbezahlte Arbeit hat fast immer einen Bezug zu Care. Dass Care-Arbeit und menschliche Beziehung eng zusammenhängen, ist der Grund dafür, dass die Arbeit nicht beliebig delegiert werden kann, z. B. in der Kinderbetreuung: Gewisse Aspekte können durchaus andere übernehmen, aber die Verantwortung für die Beziehung, ihre Pflege und Entwicklung sind personengebunden.

Wer den Care-Service des unbezahlten Sektors reduziert, ohne Ersatz dafür in der bezahlten Ökonomie zu schaffen, nimmt Verschlechterungen in Kauf bei der Bildung von Humanvermögen und der Fabrikation des Sozialen, was sich beides auf die Produktivität der bezahlten Wirtschaft auswirkt. Eine Politik, die davon ausgeht, alle nicht in Erwerbsarbeit investierte Zeit sei eine kostenlose Ressource für die Wirtschaftspolitik, führt zu einer verzerrten Ressourcenallokation und zu ineffizienten gesamtwirtschaftlichen Resultaten. Unbezahlte Arbeit in bezahlte umzuwandeln ist nicht kostenlos.

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten bestehen einerseits innerhalb jedes einzelnen Sektors, andererseits aber auch in der Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Sektoren und bei allen Beziehungen zwischen den Sektoren.

Die Wirtschaftspolitik zielt auf die bezahlte Ökonomie. Daraus resultieren erstens ein Ungleichheitsproblem, das aus Ge-

rechtigkeitsüberlegungen anzugehen ist und zweitens ein Effizienzproblem: Unbeabsichtigte Wirkungen auf die unbezahlte Ökonomie und geschlechtsspezifische Verhaltensreaktionen können die Effizienz der Wirtschaftspolitik begrenzen. Ein Geschlechterwirkungs-Assessment ist also nicht nur aus Gerechtigkeitsgründen relevant, sondern auch um die Wirtschaftspolitik wirksamer zu machen.

Überlegen wir uns z. B. die Wirkungen einer Reduktion des Einkommenssteuersatzes: Wir können erstens in einer statischen Analyse die direkten Verteilungseffekte anschauen, die sich aufgrund des Status quo der Geschlechterverhältnisse ergeben. Muss der Staat aufgrund der Steuerkürzung sparen, so können Frauen als in vielen Bereichen stärker auf öffentliche Leistungen angewiesene Nutzerinnen die Verliererinnen sein, zumal die Ersparnis vor allem bezahlt Arbeitenden und insbesondere solchen mit hohem Einkommen zugute kommt beides Gruppen, in denen Frauen untervertreten sind. Wir sollten zweitens aber auch eine dynamische Analyse der Wirkung geschlechtsspezifischer Verhaltens-effekte auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz wagen. Wir sehen dann, dass eine schlecht funktionierende Infrastruktur zur Sicherstellung der Vereinbarkeit, aber auch der Mobilität, Frauen in ihren Erwerbschancen stärker behindert als Männer.

Die Effekte der ersten, kurzfristigeren und der zweiten, langfristigeren Betrachtungsweise gehen nicht immer in die gleiche Richtung. Widersprüche bestehen typischerweise in der Sozialpolitik, wo Transferzahlungen zu traditioneller Rollenteilung führen können. Weitere Beispiele sind die Abwertung von Männerberufen, sobald sich Frauen darin etablieren (z. B. Lehrberufe, ÄrztInnen) oder Unterschichtungsprozesse wie im Pflegebereich, nachdem die Lohnungleichheit fürs diplomierte Personal dort durchgesetzt wurde.

**Ein Geschlechter-  
wirkungs-Assess-  
ment ist auch  
relevant um  
die Wirtschafts-  
politik wirksamer  
zu machen.**

## Geschlechterwirkungs-Assessment

**Unterbeschäftigung kann nur Teilzeitarbeitende treffen, und das sind zu 81% Frauen.**

Die Ökonomin Susan Himmelweit schlägt vor, sich teilweise überschneidenden Fragen konsequent aus drei Perspektiven zu stellen: Auswirkungen auf bezahlte und unbezahlte Ökonomie, Verteilungseffekte zwischen Männern und Frauen sowie Geschlechtergleichheit zwischen und innerhalb von Haushalten. Der dritte Schritt ist deshalb wichtig, weil Geschlechterungleichheiten mit anderen Verteilungseffekten zusammenspielen. Er erlaubt, widersprüchliche Wirkungen aufzuspüren. Ein Beispiel: Tendenziell mindert die Individualbesteuerung die Progression. Dadurch gewinnen v. a. einkommensstarke Haushalte. Frauen dagegen sind in den einkommensschwächeren übervertreten. Innerhalb des Haushalts jedoch begünstigt eine separate Besteuerung eine egalitärere Arbeitsteilung und damit tendenziell die Frauen.

Damit wird es möglich, Bewertungen einzelner Politiken durchzuführen, z.B. nach der Checkliste von Jill Rubery:<sup>1</sup>

1. Geschlechterwirkung im Design berücksichtigt?
2. Verbesserung des Gender Mainstreaming als Ziel?
3. Wurde Geschlechterwirkung untersucht?
4. Ist die Reduktion des Gender Gap ein Ziel?
5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer verbessert?
6. Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern verbessert?

### Sehtest 1: Die Lücken lesen

Positiv ist, dass Gleichstellung von Anfang an als explizites Ziel verankert ist. Bereits bei den sieben Vorgaben für die

<sup>1</sup> Rubery, Jill (2000): Evaluation of UK National Action Plan: A Gender Equality Perspective. EGGE – EU's Expert Group on Gender and Employment.

Reformpolitik fehlt sie allerdings als eigenständiger Punkt. Die Einleitung hält fest: Die Gleichstellung kam in den letzten zehn Jahren nicht im erforderlichen Mass voran. Warum wird weder untersucht noch unter die wichtigen zu klärenden Fragen gereiht. Bei den Trends erscheint vieles als naturgegeben, was in Wirklichkeit stark politikabhängig ist (z. B. wenig Fortschritte bei der Teilung bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern). Auch erscheint fraglich, ob die höhere Armutsbetroffenheit Alleinerziehender tatsächlich allein ein Vereinbarkeitsproblem darstellt. Bei den politischen Rahmenbedingungen sind geschlechtsspezifische Faktoren kein Thema.

Dasselbe gilt für die Kapitel Wettbewerb, Konsumpolitik, Strukturwandel/Technologie, Dienstleistungssektor, Finanzmarkt; Wohnen und Landwirtschaft. Sachlich gerechtfertigt sind die Auslassungen nicht unbedingt. So wäre z. B. in der Konsumpolitik die Unisex-Tarif-Debatte ein wichtiges Thema: Warum muss ich als Frau bei der Coiffeuse, bei der Kleiderreinigung und der Zusatzversicherung zur Krankenkasse mehr bezahlen als ein Mann? In der Konjunkturpolitik wird die Ausblendung fast schon zur Tatsachenverdrehung: Die beklagte Unterbeschäftigung von 250 000 Vollzeitstellen beruht auf einer verqueren Betrachtungsweise, weil Unterbeschäftigung nur Teilzeitarbeitende treffen kann, die zu 81% Frauen sind. Tatsächlich betrifft Unterbeschäftigung 85 000 Männer und 303 000 Frauen (SAKE 2005).

In den Kapiteln Europäische Integration, Wachstum, Umwelt und KMU kommt Gleichstellung zwar vor, aber ohne wirkliche Auseinandersetzung damit. So erledigt sich z. B. mit der Europäischen Integration die Geschlechterfrage wie von selbst, weil die EU in diesen Fragen weiter ist.

Eine explizitere Auseinandersetzung mit der Gleichstellungsthematik findet in den Kapiteln Globalisierung, Arbeitsmarkt,

Service Public und Soziale Sicherheit statt. Darüber hinaus existieren Überlegungen zu einem Gender Mainstreaming in den Kapiteln Demokratie und Transparenz in der Wirtschaft, Bildung und Forschung, Finanzpolitik und Steuern.

## Sehtest 2: Das Frauenbild

Generell fällt auf, dass die Frau (zumeist) offenbar ein Problem ist und die Wirtschaftspolitik im Feld der Frau tätig werden sollte. Sie erscheint dabei als Benachteiligte, Förderobjekt, Hilfsbedürftige oder Heilsversprechen. Wir halten so viel Aufmerksamkeit für den «Sonderfall Frau» für gefährlich. Die Frau ist weder das Problem noch die Lösung. Gleichstellungspolitik sollte nicht selber den Frauen Defizite anhängen, die strukturell bedingt und das Resultat von Diskriminierung sind. Insbesondere dort, wo es um die Verteilung der unbezahlten Arbeit geht, sollte diese nicht immer wieder an den Frauen festgemacht werden: Die Kinderbetreuungsinfrastruktur braucht z.B. nicht für die Frauen, sondern für die Kinder. Im Übrigen sind auch die Männer die Hälfte des Gleichstellungsproblems.

## Sehtest 3: Gleichstellungsforderungen im Kapitel Wirtschaft und Gleichstellung

Gleicher Zugang zu Einkommen und Vermögen wird erwähnt, aber leider nicht durchgängig ins Zentrum gestellt. Gleichstellungspolitik muss die Teilhabe beider Geschlechter zum Ziel haben und nicht den Benachteiligten Brosamen vom Tisch der Bessergestellten zuhalten.

Es ist derzeit in, Gleichstellungspolitik für die Finanzierung der Renten und die Erhöhung der Geburtenrate zu instrumentalisieren. Auch wenn sich so Koalitionen für Gleichstellungsschritte

bilden lassen mögen, sind diese Ziele keine Gleichstellungspolitik.

Mehr bezahlte Arbeit löst die Gleichstellungsprobleme nicht. Bezahlte Arbeit ist nicht gleicher als unbezahlte, unbezahlte Arbeit ist nicht weniger Wert als bezahlte. Entscheidend ist die Verteilung sowohl der bezahlten wie der unbezahlten Arbeit. Beteiligen sich Frauen vermehrt an der Erwerbsarbeit, so müssen Männer ihre Verantwortung im unbezahlten Sektor entsprechend übernehmen. Der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ersetzt diesen Schritt nicht. Auch die Arbeitswelt muss anschlussfähig werden an Verpflichtungen im Care-Sektor.

Dass die Familie in der Wirtschaftspolitik berücksichtigt wird, ist positiv anzumerken. Sie spielt als Koordinationsmechanismus im unbezahlten Sektor eine vergleichbar wichtige Rolle wie Unternehmen in der klassisch definierten Wirtschaft und braucht ebenso günstige Rahmenbedingungen und eine gute Infrastruktur, um optimale Resultate zu realisieren.

Arbeitsmarktflexibilisierung kann die Eintrittsschwelle für nicht bereits etablierte Gruppen senken und die Vereinbarkeit erleichtern. Sie sollte deshalb nicht in Bausch und Bogen verworfen werden. Entscheidend ist, wie die Risiken verteilt sind und ob sich langfristige Entwicklungschancen bieten. Das Typische am Vorbild Skandinavien ist, dass es den Arbeitsmarkt flexibel hält, aber mit sozialen Absicherungsmechanismen versieht. Umgekehrt haben gerade Schutzbestimmungen oft dazu geführt, Frauen in der Arbeitswelt zu benachteiligen. Sie schufen entweder eine begrenzt brauchbare Sonderkategorie Frau oder halfen, die Insider auf dem Arbeitsmarkt vor unerwünschten Outsidern (wie Frauen) zu bewahren. Der wirksamste Schutz für prekäre Arbeitsverhältnisse dagegen, nämlich ein gesetzlicher Mindestlohn, wird im Konzept nicht einmal vorgeschlagen.

Familienbedingte Erwerbsunterbrüche wirken sich negativ auf die langfristigen

**Mehr bezahlte**

**Arbeit löst die**

**Gleichstellungspro-  
bleme nicht.**



**Eine konsequente  
Gleichstellungspo-  
litik bietet Wach-  
tumsschancen.**

Erwerbschancen aus. Der vorgeschlagene Elternurlaub muss deshalb mit einer praktikablen Arbeitsplatzgarantie verbunden werden und mit Teilzeiterwerb verbunden werden können.

Das bestehende Gleichstellungsgesetz ist beschränkt auf die Gleichstellung im Erwerbsleben. Geschlechtsspezifische Diskriminierungsmechanismen bestehen aber wohl in jedem vom Wirtschaftskonzept abgedeckten Feld, weshalb Gleichstellung über Erwerbsarbeit hinaus gedacht werden sollte.

**Sehtest 4: Zentrale Punkte im  
Wirtschaftskonzept**

Der Tenor des Wirtschaftskonzepts lautet überspitzt: Wir brauchen Wachstum, dann geht alles wie von selbst. Wachstumsziffern reflektieren aber nur, was in der bezahlten Wirtschaft geschieht. Die unbezahlte Ökonomie bleibt ausgeblendet. Das Konzept erwähnt nicht, dass die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung um ein Satellitenkonto Haushaltproduktion ergänzt wurde. Dieses soll zeigen, wie sich die unbezahlte Ökonomie entwickelt und wie die dort geleistete Arbeit volkswirtschaftlich zu bewerten ist. Es wäre also zu diskutieren, was Wachstum und was ein sinnvolles Wachstumsmass ist. Weiter ist Wachstum kein Ziel, sondern Mittel zum Zweck. Es vergrössert den Kuchen, der verteilt werden kann und erleichtert so Verteilungskämpfe, ersetzt sie aber nicht. Insofern schenkt Wachstum den Frauen nichts. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass Gleichstellung zum Schönwetterthema verkommt, indem es am Wachstum festgemacht wird. Eine konsequente Gleichstellungspolitik bietet dagegen Wachstumsschancen, indem sie Potenziale erschliesst, die bislang nicht zum Tragen kamen.

Die wichtigste arbeitsmarktbezogene Forderung ist Vollbeschäftigung. Doch was heisst das? Gemeint ist ja wohl

nicht die frühere Vollzeitbeschäftigung für Schweizer Männer mit den Frauen als Reserveheer und den ausländischen GastarbeiterInnen, die beliebig geholt und zurückgeschickt werden konnten. Was heisst «volle Integration der Frauen in die Erwerbsarbeit»? Arbeiten Frauen weiter Teilzeit, soweit es die Familie zulässt, und Männer Vollzeit? Und wie spielt der vollbeschäftigte Arbeitsmarkt mit der Care-Ökonomie zusammen? Hilft ein Heer von weiblichem Krippen- und Dienstpersonal, die Geschlechtersegregation bei den Bessergestellten zu überwinden? Wenn Vollbeschäftigung eine erhöhte Arbeitsnachfrage meint, dann begünstigt die daraus resultierende grössere Verhandlungsmacht auch weiblicher Beschäftigter die Verbesserung ihrer beruflichen Positionen durchaus. Aber wir halten es auch da für gefährlich, die Verwirklichung der Chancengleichheit von Vollbeschäftigung abhängig zu machen. Schliesslich: Welche Strategie sieht die SP vor für Tiefqualifizierte und Personen, die Betreuungspflichten mit dem Beruf zu vereinbaren und deshalb besonders grosse Probleme haben?

Bei der Verteilungsgerechtigkeit fehlt Gleichstellung als Ziel. Wir hätten auch gern gelesen, wie die SP in Zukunft verhindern will, dass in der unbezahlten Ökonomie engagierte Personen durch die Maschen der sozialen Sicherung fallen. Das im Konzept forcierte Versicherungsprinzip ist nämlich für die weniger gut ins Erwerbsleben integrierten und schlechter verdienenden Frauen mit klar negativen Wirkungen verbunden. Dabei käme die Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit durch eine ökologische Steuerreform oder eine Tobin-Steuer gerade diesen zugute. Bei der Globalisierung kommen die Frauen vor allem im Zusammenhang mit Armut vor, was in die Forderung mündet, «die weibliche Bevölkerung» wirtschaftlich zu fördern. Immerhin sollen auch die makroökonomischen Welthandelsregeln auf ihre mikroökonomischen Auswir-

kungen auf Frauen überprüft werden. Es wird ein Demokratieproblem geortet bei der Verschiebung von Entscheidungskompetenzen auf Grosskonzerne und internationale Gremien. Bei den Reformvorschlägen dazu müsste die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen mitgedacht werden.

Zum Service Public wird eine konsequente und durchdachte Gleichstellungspolitik für die im öffentlichen Sektor Beschäftigten gefordert. Eher vernachlässigt wird dagegen die Kundinnenperspektive: Frauen sind in der Schweiz heute in vielen Bereichen stärker oder anders auf Dienstleistungen der öffentlichen Hand (z. B. öffentlicher Verkehr, Spitex) angewiesen als Männer.

### **Sehtest 5: Zentrale Punkte aus gender-ökonomischer Sicht**

In folgende Richtungen könnte die SP weiterdenken:

Von der Flexibilisierungswelle werden nicht alle erfasst. Vielmehr steht eine stabile, qualifizierte und vom Unternehmen gepflegte Stammebelegschaft (Insider) einer weniger stark ans Unternehmen gebundenen, schlechter abgesicherten Beschäftigtengruppe gegenüber (Outsider). Was sich an diesem Grundprinzip verändert, sind die Auswahlprinzipien, Grenzziehungen und Durchlässigkeiten (führt ein Weg vom Outsider zum Insider?). Der Druck, möglichst rasch zum Insider zu werden, kommt in einer Phase, wo Entscheide über das Kinderhaben anstehen und Arbeitsteilungen auszuhandeln sind. Das Entschärfen dieser sog. «Rushhour» würde die gleichberechtigte Erwerbsintegration beider Geschlechter erleichtern.

Strukturelle Rücksichtslosigkeit meint die Indifferenz gegenüber der Frage, ob Per-

sonen Verantwortung für Kinder übernehmen oder nicht. Auch linke Politik denkt die Zeit- und Koordinationsprobleme, die sich Eltern stellen, oft nicht mit.

Eine konsequente Gleichstellungsstrategie gibt wesentlich mehr Menschen Möglichkeiten in die Hand, wirtschaftlich zu handeln und Unternehmensgeist zu entwickeln. Soll sie als Investition in die Zukunft tragen, muss sie bei der Primärverteilung von Einkommens- und Wohlstandschancen ansetzen, d.h. den Zugang zu wichtigen Ressourcen und Entscheidungsmacht für beide Geschlechter sicherstellen.

Wenn die SP ein Wirtschaftsprogramm schreibt, will sie wirtschaftspolitisches Know-how signalisieren. Gender-Mainstreaming ist zwar noch kein wirtschaftspolitisches Patentrezept, dennoch sollte die SP hier selbstbewusster auftreten! Wir betteln nicht für die armen Frauen, sondern sind auf der Suche nach einer Wirtschaftspolitik, die gerade dadurch, dass sie geschlechtergerechter agiert, auch wirksamer und effizienter wird. Die Gender-Ökonomie gibt dafür ein wichtiges Instrument in die Hand.

Heidi Stutz, lic. phil. hist., Jg. 1959, und Silvia Strub, lic. rer. pol., Jg. 1973, sind im Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS in Bern immer wieder mit gleichstellungspolitischen Projekten beschäftigt: Silvia Strub mit den Studien zu den Kampagnen «Fairplay at home» und «Fairplay at work» des Eidg. Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie mit Lohnvergleichsmessungen, Heidi Stutz zuletzt bei der Evaluation der Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes.

**Eine konsequente Gleichstellungsstrategie muss bei der Primärverteilung von Einkommens- und Wohlstandschancen ansetzen.**